

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 5

Artikel: Politische Begriffe (Folge 2) : der Linksextremismus
Autor: Hürlimann, Alois-Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339868>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sinne eine Auseinandersetzung über das Ensemble der Probleme der Gesellschaft. Dabei geht es vor allem darum, dem autonomen, schon seit langer Zeit durch Markt und Staat eingeschränkten Bereich der zivilen Gesellschaft eine neue Möglichkeit zur Entfaltung zu geben. Während eine Politik, die vornehmlich den Staat als Werkzeug zur Lösung gesellschaftlicher Probleme auffasst, wegen des Grundsatzes der Rechtsgleichheit und der Formalisierungsbedürftigkeit staatlichen Handelns der Tendenz nach zu Gleichheit im Sinne von Zentralismus und Uniformität führt, ist die «neue Kultur der Politik» auf Gleichheit im Sinne von Voraussetzung für Autonomie und deshalb Differenzierung gerichtet. *Den traditionellen politischen Parteien käme bei diesem Wandel als Vermittlern und Initiatoren neuer Beziehungen zwischen der staatlichen Verwaltung, der Regierung und den Bedürfnissen der autonomen Gruppen in der Bevölkerung eine neue Rolle zu, die gleichzeitig der «Verdrossenheit» gegenüber Demokratie und Staat, soweit sie die jüngere Generation betrifft, den Boden entziehen könnte.*

Denn damit ergibt sich auch für die gegenwärtigen Generationen eine faszinierende, schwierige und konfliktreiche Aufgabe.

«Mehr und mehr Menschen fühlen, dass die Menschheit in den nächsten dreissig oder vierzig Jahren zu einer neuen Art Zukunft vorstossen muss. Misslingt dies, so droht die Katastrophe: gelingt es, wird die Menschheit einen wichtigen Schritt nach oben auf der Leiter des evolutionären Fortschritts tun. Viele von uns sehen in diesem Durchbruch das zentrale Projekt, die historische Aufgabe für die zwei oder drei Generationen, die zur Zeit auf der Erde zu lebende Aufgabe, die

unserem Leben Sinn gibt. (J. Robertson, *The Sane Alternative*, 1978, S. 7.)»

Die Zukunft des Fortschritts? Optimismus darf zu Recht bestehen. Denn die Zukunft wird nicht vorausgesagt, sie wird letztlich auch heute, um mit Gramsci zu sprechen, von den Menschen in der Gesellschaft gemacht. Das gilt auch für den Wohlfahrtsstaat von morgen.

Egon Matzner: «Der Wohlfahrtsstaat von morgen». Entwurf eines zeitgemässen Musters staatlicher Interventionen. Mit Beiträgen von Helfried Bauer, Sverre Baumgartner, Wolfgang Blaas, Hans Glatz, Gerhard Rüschi, Günter Scheer, Wilfried Schönback und Hans Wösendorfer. Österreichischer Bundesverlag, Wien, 1982, 412 Seiten.

Politische Begriffe (Folge 2)

Der Linksextremismus

Von Alois-Karl Hürlimann

Herr Peter Sager, Leiter des schweizerischen Ostinstitutes, in der «Berner Zeitung» vom 21. Juni 1980:

«Aber der Terrorismus wird noch lange zu den Gegebenheiten unserer Zeit zählen. Der Opernhauskrawall ist keine eratische Erscheinung, sondern zusammen mit den Ereignissen in Bremen, jenen anlässlich des niederländischen Thronwechsels und auch der Kundgebung an der Pariser Universität Jussieu zu würdigen. Dieses terroristische Aufflackern in Westeuropa steht mit der weltpolitischen Lage im Zusammenhang. Es liegt nahe, dass einige Moskauer Drahtzieher gutgläubige Mitläufer in Bewegung setzen, um Westeuropa zu schwächen und vor einer Solidarität mit den USA als Antwort auf Afghanistan zu warnen.»

Selbstverständlich. Denn die niederländische Thronwechserei eignet sich ja vortrefflich dazu, vor aller Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, welche Saurordnung die sozialistischen Stadtväter von Amsterdam mit

ihrer Toleranz erzeugt haben: Die Drahtzieher bringen es fertig, 50'000 junge Menschen zu verführen und gegen ihre neue Königin loszuziehen. Herr Sager weiss, wovon er schreibt, denn er ist Fachmann für Fragen der Unterwanderung und der Fernsteuerung. Im Falle des niederländischen Thronwechsels kann es überhaupt keinen Zweifel geben, dass Moskau hinter den unerfreulichen Unruhen gesteckt hat, denn gerade in Amsterdam brauchen die Drahtzieher ja bloss mit ein paar Gramm Haschbollen zu winken, und die ansässige Mitläuferdivision lässt sich für jeden terroristischen Akt ködern. Man weiss ja, wohin das führt! Auch Herr Gilgen in Zürich weiss, wohin es führt, wenn man nicht rechtzeitig für Ordnung schaut, wo man das noch kann: in der Schule. Denn die 68er halten alle möglichen Positionen besetzt, vor allem aber die Schulen und die Massenmedien. Und sie haben sich auch in der Sozialdemokratischen Partei eingenistet. Der verdiente langjährige Sozialdemokrat und ehemalige baselstädtische

Regierungsrat Max Wullschleger, der in seiner Jugend die Parteihochschule Stalins in Moskau besucht hatte und deshalb weiss, weshalb er von Unterwanderung redet, dieser verdiente Baumeister des neuen Basel hat vor kurzem im Regionaljournal von Radio Basel treffliches an Wahrheit über diese Unterwanderer und links-extremistischen Schaumschläger bemerkt und schliesslich festgestellt:

«Die Differenzen sind nicht nur wegen der seinerzeitigen Regierungswahlen entstanden, es sind auch nicht nur persönliche Differenzen. Die Differenzen sind grundsätzlicher Art und zwar ist die Hauptdifferenz meines Erachtens in der Stellung zum Staat, zu unserem demokratischen Staat begründet.»

Das wichtigste ist die Differenz, und die Hauptdifferenz ist, dass die Differenz in der Hauptsache im Blick auf unsern demokratischen Staat differenziert. Denn man kann ja nun nicht sagen, dass diese linksextremen, von Moskau gesteuerten Unterwanderer ein differenziertes Bild, etwa gar eines, das tolerant differenziert, von dieser unserer hier und heute herrschenden westeuropäischen Demokratie haben, nein, sie weisen auch noch Gespräche zurück, die ihnen dieser unser Staat anbietet; weil sie eben nicht bereit sind, die demokratischen Spielregeln zu beachten, die sie als verschwindende Minderheit ja gar nicht beachten dürfen, weil sie sonst nichts zu sagen hätten.

*

So präzise und beweiskräftig geht es in der politischen Landschaft des bürgerlichen Westeuropa zu und her.

Wenn jemand überprüft, wovon die Gesetze bindend reden, wird er sofort als Linksextremist abgestempelt, weil er ja ge-

gen den allgemeinen Konsens verstösst. Wenn jemand nach Kontrolle bei Staatsausgaben ruft, die etwa die teure Universitätsmedizin betreffen würde, wird er als linksextremistischer und der Freiheit abholder Staatsmediziner ausgeschimpft. Jemand, der nachfragt, ob es denn hierzulande keinen in den europäischen Menschenrechten niedergelegten Rechtsschutz für einen Untersuchungshäftling gebe, ist bestimmt ein Terroristenanwalt und damit verdächtig, selbst terroristisch mitzumischeln. Jemand, der nach Steuergerechtigkeit oder auch bloss nach Fahndung gegenüber Steuerhinterziehern ruft, ist damit ein sozialistischer oder linksextremer Zerstörer «unserer» Wirtschaft.

«Daneben ist es wichtig, Massnahmen zu treffen, die wirtschaftlichen Unternehmen in Zürich Möglichkeiten geben, bessere Erträge zu erwirtschaften, wegzukommen von dieser sozialistischen Wirtschaftsfeindlichkeit.»

So spricht der wahre Schweizer in der Person des Präsidenten der Freisinnigen Partei der Stadt Zürich.

Was ist nun also mit der «Differenz»?

Oh ja, zum Beispiel:

«Wir haben ganz klare Vorstellungen, egal, wie der Zeitgeist weht, und dazu gehört, dass die Voraussetzungen für den Frieden und die freiheitliche Existenz der Bundesrepublik Deutschland...»

also auch für die schweizerische Eid-Genossenschaft

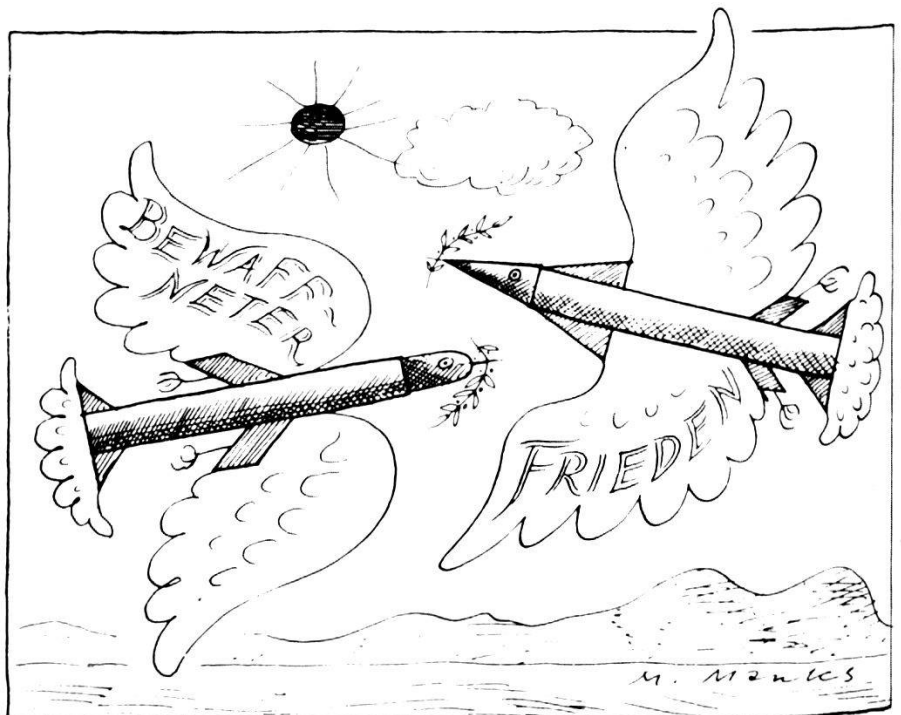
...«in enger Partnerschaft mit den europäischen Freunden und den amerikanischen Freunden liegen.»

«Wir verstehen Freundschaft allerdings nicht als blinde Vassallentreue,»

das fehlte gerade noch, unter Freunden ist man offen, beileibe und man ist sich nahe, so nahe, dass man nicht in sozialistischer Verräterei macht, denn

«zu unserem Begriff von Freundschaft gehört, die amerikanische und die sowjetische Politik *nicht* moralisch auf eine Stufe zu stellen, wie das heute bei einem grossen Teil der Sozialdemokraten geschieht.» (Helmut Kohl)

Sondern wir stellen fest, dass ein von den Sowjets umge-



Marie Marks im «Vorwärts» Nr. 14/82

brachter Afghani uns mehr nützt als ein von den Amerikanern umgebrachter Salvadorani.

Da haben wir sie also, die Hauptdifferenz. Die Linksextremen sind ganz einfach nicht bereit, die amerikanische Freundschaft an der amerikanischen Politik zu messen, die uns schliesslich unseren freien Markt und unser unternehmerisches Risiko und unser freies Bankwesen moralisch garantiert.

Die Linksextremen sind de-

struktive Kritiker, wollen da Supermacht gleich Supermacht stellen und sehen sich bereits als Dritte, als unabhängige Kraft. Und das, nicht wahr, kann ja nur aus Moskau kommen, denn sage mir, wem es nützt, und ich sage dir, wer es bezahlt. Diese unseligen Utopisten! Eine Utopie ist, wie Max Frisch sagt, für «Demokratie-Praktiker» wie Herrn Kohl von der westdeutschen CDU das schlichte Synonym für Hirngespinnst. Realistischerweise soll man also «unsern Staat» bejahen.

anlehnt und die Mitgliedschaft in den gemässigten «Bauernvereinigungen» als Verrat bezeichnete.

Noch hat sich die Arbeiterpartei nicht offiziell über den jüngsten amerikanischen Neutralisierungsplan geäussert, wonach ein Palästinenserstaat in den besetzten Gebieten entstehen soll, in dem Israel an bestimmten Punkten Streitkräfte stationieren darf. Das dann ungeteilte Jerusalem sollte einen Bürgermeister erhalten, den die «Internationale Vereinigung der Stadtmanager» bestimmt. Solange derartige Pläne nicht aufgegriffen oder modifiziert werden, bildet die Arbeiterpartei keine Alternative zur Regierung. Das ist umso bedauerlicher, da alle sozialen Errungenschaften im jungen Staate Israel den Linken zu verdanken sind.

Horst Hartmann

Israels Linke ohne Konzept

Obwohl die ebenso militante wie ungeschickte Politik Menachim Begins Israel weltweit in die Isolierung treibt, ist die seit 1977 in der Opposition befindliche Arbeiterpartei gegenwärtig kaum fähig, eine politische Alternative anzubieten. Auch das jüngste Misstrauensvotum, das mit 58:58 Stimmen endete, kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Da die eigenen «Falken» dem Likud näher stehen als einigen Kräften in der eigenen Partei, wo sich die Gemässigten um den früheren Aussenminister Abba Eban scharen, bildet die Linke ein Bild der Zerrissenheit. Hinzu kommt, dass die Gemässigten jene Progressiven um Josso Sarid nicht unterstützen, die Gespräche mit der PLO fordern. Erschwert wird die Meinungsbildung ausserdem durch die Gegensätze zwischen den Aschkenasim (europäischen Juden) und den Sfaradim (orientalischen Juden).

Die Schaukelpolitik hat nach jüngsten Meinungsumfragen zu

einem Sympathieverlust bei den Wählern von 22 Prozent geführt, obwohl die Sozialisten bei den letzten Knesset-Wahlen dem Likud ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten. Der Parteivorsitzende Schimon Peres erklärte unlängst, in dicht bevölkerten arabischen Wohngebieten sollte keine jüdische Ansiedlung erfolgen. Und er warnte: «Wer die Existenz von 800'000 Palästinensern ignoriert, verschliesst sich der Wirklichkeit.»

Aber Peres ist vorläufig nicht bereit, bestehende jüdische Siedlungen zu räumen. Diese Inkonsequenz findet im Lande wenig Beifall, zumal die Rivalität um den Parteivorsitz zwischen Schimon Peres und Jizchak Rabin Kritiker auf den Plan rief, die beiden empfahlen, keine Ämter mehr auszuüben. Offiziell hält die Arbeiterpartei noch an der Annäherung an Jordanien fest, wonach Teile der Westbank an Amman fallen würden, obwohl König Hussein sich immer stärker an den Irak

SP-Bildungstelefon

**alli lüt i der stadt
spanne schnüer
si spanne schnüer
vo huus zu huus
wyysii oder schwarzi
oder schwarz-wyysii
je nachdäm
wyysii schnüer
zu verwandet u bekannte
schwarzi schnüer
zu de choufhüser
schwarz-wyysii
zur fabrigg u zu de büro
si spanne schnüer
bis si nümme dürechöme
drum zieh si wägg
d hüser wärden abgrisse
u zruugg
blybt nume no
das gwirr vo schnüer
drum hesch
wed id stadt chunnsch
das gfühl vo lääre ruine
spinnhuppele
u verlorene beziehige**

SP Aargau 064 / 22 41 02